

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

15.12.1924 (No. 293)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Erzheim:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. u. v.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,50 Goldmark — Einzelnnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreit. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassencabott gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antike Anzeigen und die die Erhaltung der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Zeitung, Nr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Betreibung und Kontoführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in dem unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Hans Thoma-Gedächtnisfeier in der Karlsruher Festhalle

Die badische Staatsregierung und die Landeshauptstadt Karlsruhe hatten Sonntagvormittag zu einer großen Hans Thoma-Gedächtnisfeier in der städt. Festhalle eingeladen, zu der sich sämtliche Spitzen der Behörden, sehr viele Künstler und Vertreter der Wissenschaften versammelten. Erschienen waren ferner der Reichsminister des Innern Dr. Jarres als Vertreter des Reichskanzlers und Staatssekretär Dr. Becker als Vertreter des preussischen Unterrichtsministers. Der württembergische Staatspräsident Bagille-Stuttgart nahm ebenfalls an der Feier teil. Der Reichspräsident und der Reichskanzler haben ihr Fernbleiben entschuldigt unter Hinweis auf ihre augenblickliche Anwesenheit in Berlin. Aber auch weiteste Kreise der Bevölkerung fanden sich in so stattlicher Zahl ein, daß der geschmackvoll hergerichtete Raum schon bald die zuströmenden Massen nicht mehr fassen konnte und gar viele leider gezwungen waren, der des großen Toten würdigen Feierlichkeit fernzubleiben. Es kann nicht Zweck dieses Berichtes sein, auf Hans Thomas Bedeutung und den schweren Verlust, den die deutsche Kunst durch den vor Monatsfrist erfolgten Tod dieses klassischen Malers erfahren hat, erneut hinzuweisen. Hätte es aber noch eines äußeren Beweises der wohl von allen Seiten ihm heute zuerkannten Popularität bedurft, so haben ihn die ungezählten Scharen erbracht, die kaum aus Neugierde zu der weitverbreiteten Veranstaltung pilgerten, sondern um sichtlich und durch persönliche Teilnahme zu bezeugen, wie fest und unerschütterlich all das, was der heimgegangene Ehrenbürger geschaffen hat, in ihren Herzen aufgenommen ist und in welcher stolzen Ehren sie das Andenken des großen Sohnes der badischen Heimat auch künftig zu halten gewillt sind.

Stimmungsvolle Introduction gab der Feier Wachs Orgel-Präludium in C-moll, von Franz Philipp, dem Direktor des bad. Konservatoriums, mit anerkannter Meisterschaft gespielt. Dann bestieg Geh. Hofrat Prof. Dr. Carl Neumann von der Universität Heidelberg das Rednerpult, um eine charakteristische und in Einzelheiten sehr feinsinnige Überchau vom schöpferischen Leben des Vereinigten zu entwerfen, dessen überlebensgroßes Bild unter einem Baldachin, von vier imposanten Fackelbrennern flankiert, inmitten der mit frischen Tannengrün und violett reich ausgeschmückten Halle still die Besucher grüßte. Nach der Gedächtnisrede Prof. Dr. Neumanns, die im Nachstehenden wiedergegeben ist, gelangte eine von Franz Philipp für Bariton, Orchester und Orgel in Musik gefasste Spät-Dichtung Hans Thomass selbst zur Aufführung. Gerade diese Vertonung von Versen, in denen der Dichter von der Welt Abschied nimmt, fügte sich außerst glücklich in den Gesamtcharakter der Feier. Schlicht und einfach und doch sehr stimmungsvoll in ihrem Orgelausklang schildern die Töne des Komponisten den wehmütig-weisen Gehalt der Worte und durchdringen sie mystisch so einprägnant, daß man hier wohl unwillkürlich von dem inneren Höhepunkt des feierlichen Gedächtnisaktes reden kann. Nachdem Staatschauspieler Ulrich v. d. Trendelweid noch einige der tiefstinnigsten Sprüche und Legenden, die uns der alternde Meister hinterlassen hat, sehr eindrucksvoll sowie klar und deutlich rezitiert hatte, schlossen die der dankbaren Erinnerung an den großen unvergesslichen Deutschen geweihten Stunden mit der Aufführung von Wachs Choralkantate „Lobe den Herren den mächtigen König der Ehren“, deren Schlusschor eine von Hans Thoma besonders geliebte Kirchenmelodie enthält. Zum erstenmal trat dabei der neu erstandene Bachvereinchor wieder vor die Öffentlichkeit und bezugte gleich durch seine Sicherheit und natürlich strömende Klangfülle, daß wir in Karlsruhe nun wieder einen langentbehrten gemischten Chor besitzen, der unter seinem neuen Leiter uns eine erstklassige Aufführung von Oratorien und anderen großen Chorwerken verbürgt und damit dem lokalen Musikleben entscheidende Bereicherung verleiht. Solistisch waren bei der exakten Wiedergabe beteiligt: Selene Junker (Soprano), B. Breider-Hoffmann (Alt), Albert Peters (Tenor), und Johannes Willy (Bass). Dieser treffliche Frankfurter Konzertsänger hatte überdies schon zuvor in der Wiltippischen Komposition das Bariton solo übernommen und außerordentlich schönes himmlisches Material gezeigt. Die Begleitung führte das badische Landesorchestrorchester aus; die Solobohne spielte Konzertmeister D. Boigt, die Oboe die Herren R. Kämpfe und W. Mayer, die Solo-

kompete blies Karl Lahn, während Georg Mantel den Cembalopart am Flügel ausführte. So stand die Feier auch in ihrem monumentalen musikalischen Ausklang noch einmal in lebendigstem Zusammenhang mit dem wahrhaft großen Geiste Hans Thomass, aus dessen schöpferischem Kinstertum nicht in letzter Linie eine geistige Verwandtschaft mit der Klangwelt Wachs hervorleuchtet. H. Sch.

Gedächtnisrede des Professors der Kunstgeschichte an der Heidelberger Universität, Geh. Hofrat Prof. Dr. C. Neumann.

Zu einer gemeinsamen Andacht und in dem stolzen Gefühl versammelt, daß Hans Thoma der Unsere war, darf erinnert werden, daß in 400 Jahren kein deutscher bildender Künstler so sehr in Weite und Tiefe dem deutschen Volke vertraut war, seit Albrecht Dürer keiner so wie Thoma. Die allgemeine Vorstellung von ihm und seiner Kunst hält sich an seine phantasiereiche Wirklichkeitsgestaltung, an Bilder, die gesehene Wirklichkeit in Märchenhaftigkeit vortragen. So die Großmutter, die den Kindern erzählt; der Hüter des Tages; der große Fisch, auf dem ein nackter Mann steht. — Thoma hat diese Stoffe ergriffen, nachdem sich durch 20 Jahre kein Publikum um ihn gekümmert hat — er malte zu seinem Vergnügen und ohne den Flügel, den eine, wenn auch lieblose Kritik anlegt. Es ist im wesentlichen der Thoma der Frankfurter Zeit. Aber es ist nicht der ganze Thoma. Jedem voraus geht der Naturalist, der der deutschen Landschaft ihre Kunstwürdigkeit erkämpft hat. Trotz der Gemeinkamkeit des Alemannischen Stammes ist der Gegner, den es zu überwinden gilt, Böcklin gewesen. Es soll nichts gegen Böcklin gesagt werden, den die Mode des Augenblicks läßt. Aber gegen seine Neigung für Italien, gegen das laute Reden seiner Farbe, gegen sein Pathos blieb Thomass Kunst eine andere Welt voll Sächlichkeit, wirklichkeitsgemäßer Farbe und ohne Holburn, hier hat er eine Stoff- und Formwelt entdeckt, für die der Deutsche nicht dankbar genug sein kann. Das war der Thoma, den der Parteikampf so oft als den Deutschen gegen den Impressionismus ausgespielt hat, der Mann der deutlich unmissenden Zeichnung, dem alles Virtuose fremd war. Der Naturalismus seiner Freiheit umfaßt Landschaft wie Figur. Die folgenden Ruben zeigen ihn frei von jeder überkünsteltheit der Nachphrasen und des akademischen Aktes. Hier war die Schule der ersten und besten Vorliebe für das sogenannte Sächliche.

Es gibt Museumsdirektoren, die nur diesen Thoma gelten lassen, den der Frühzeit. Aber auch wo der Meister später aus seinem Gedächtnis schafft — es blieb jene breite Grundlage und Schulpflicht seiner Anfänge.

Thoma war 60 Jahre, als ihn der alte Großherzog nach Karlsruhe berief (1899); er fühlte aber, noch sei es Zeit, künstlerische Pläne, die unerfüllt waren, reifen zu lassen. Seit Cornelius und der neuen romantischen Kunst war der Wunsch auf eine Kunst der breiten Öffentlichkeit, die dem Volke gehören sollte, gerichtet. Bisher hatte Thoma nur geringe Gelegenheit dazu, außer in seiner Graphik, die allen erreichbar war, gefunden. Nicht eine aristokratisch-doktrinaire Kunst, nicht eine absolute Kunst suchte sein Sinn, sondern eine naive Kunst für das Volk, für sein Volk. Der gelehrte Kenner muß allerhand Bedenken zurückstellen, wenn er diese Stufe der Thoma'schen Kunst würdigen will. Seine Kunst lang hat sich Thoma müde gedacht; nun will er ganz einfach werden, wie die Kinder, die in seinen Entwürfen sein Lieblingsumgang werden. Diese Freude an den Kindern war ihm als altem Mann geblieben, und so griff er auf seine Jugenderinnerungen zurück, als er den Bilderkreis von Jesu Leben und die Kalenderbilder in der sogenannten Kapelle seines Thoma-Museums schuf. Redner geht eine Reihe von Einzelheiten dieser Schöpfung durch und zeigt auf Schritt und Tritt den gleichen Willen, allgemeiner verständlich einen gleichnißhaft-symbolischen Ausdruck zu finden.

War das nun religiöse Kunst? Eine schwierige Frage, die das fürchtbare Kriegsergebnis noch weiter verwidelt hat. Demütig beugt er sich vor dem Unerforschlichen, und so gewann seine, zwischen Zeit und Ewigkeit „unsicher flatternde“ Seele Seligkeit und Klarheit an die Unzerstörbarkeit der persönlichen Seele. Das war sein Bahnfried, das er sich gebaut hat. Nichts ergreifender als der Anblick des Greises, der Abstand und Frieden und Klarheit sich gewonnen hatte und wie von Himmelsfenstern

auf sein Leben herab, umgeben von Liebe war er ein getreuer Eckardt geworden. Seine Kunst steht im Herzen der Deutschen geschrieben und sein Name erzwingt Verehrung.

Wie eine Glocke klang dieser Name durch das deutsche Land und so schloß der Redner. — Seil und Ehre dieser Stadt Karlsruhe und dem ganzen Badischen Land, das seinem großen Sohn die Glockenstube gebaut hat.

„Eine Fälschung des Wahlergebnisses“

Der „Bad. Beobachter“ veröffentlicht in seiner Nummer vom Sonntag einen Leitartikel unter dieser Überschrift. Der Artikel gibt offenbar die Anschauungen der badischen Zentrumspartei zur Frage einer Rechtskoalition im Reich wieder. Er lautet:

„Im Götterrat der Deutschen Volkspartei ist also — wenn auch nicht formell — beschlossen worden, daß diesmal unbedingt die Deutschnationalen in die Reichsregierung hergenommen werden müssen, andernfalls macht die Deutsche Volkspartei nicht mit. Gleich zu Anfang muß hier gefragt werden: Wo bleibt hierbei der Grundsatz, daß Deutschland unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen den außenpolitischen Gesichtspunkten den Vorrang vor den innenpolitischen zuerkennen müsse? Daß die Deutsche Volkspartei es sich erlaube, über diese Erkenntnis, die nur unter Schmerzen erworben wurde, einfach hinwegzusehen, ohne sich der entscheidenden Beurteilung aller auszugeben, die aus den schmerzlichen Erfahrungen der vergangenen Jahre praktische Folgerungen für die deutsche Politik gezogen haben? Wie urteilt denn das Ausland über diese Romane? In den „Neuen Zürcher Nachrichten“, die von jeher eine gute Bitterung für solche Frage beweisen haben, wird am 12. Dezember unter der Überschrift: „Ein Rechtsblock in Deutschland?“ geschrieben:

„Das Wahlergebnis in Deutschland hat im Ausland nicht befriedigt. Nicht nur Frankreich, sondern auch das neutrale Ausland ist enttäuscht. Die gefährlichen Folgen zeigen sich bereits. Marx machte Versuche, das Kabinett durch Einbezug der Sozialisten nach links zu erweitern. Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, lehnte ab. Damit ist der Sturz des Kabinetts Marx besiegelt und die Frage des Rechtsblocks in greifbarster Nähe gerückt.“

Stresemann und die Deutsche Volkspartei, die schon vor den Wahlen der Politik Marx ständig den Vengal zwischen die Beine geworfen, haben wiederum ein wenig ehrenvolles Mandat gemacht. Sie haben den Reichskanzler Marx, der allgemeinen Ansehen und Vertrauen im Ausland genöß und von dem man am ehesten eine endliche Lösung der schwebenden Fragen erwartete, gestürzt. . .

Aber ist es denn — bei aller Anerkennung der Wichtigkeit des Satzes, daß die Politik der Mitte mit der Reichstagsauflösung nicht das erreicht hat, was sie wünschte und was an sich wünschenswert gewesen wäre, — ist denn das Wahlergebnis so, daß eine Rechtskoalition als Sinn des Wahlergebnisses irgendwie bezeichnet werden könnte? Eine solche Annahme muß jeder, der die Veränderung, die durch die Wahlen im Parlament herbeigeführt wurde, betrachtet, als falsch zurückweisen. Am 4. Mai hatten die Parteien, die außenpolitisch den Kurs Marx, d. h. die Politik der Mitte, unterstützten, 16 184 422 Stimmen zu verzeichnen, die Gegner dieser Politik 8 715 050, d. h. 7 469 392 weniger. Am 7. Dezember hat der bisherige außenpolitische Kurs 19 321 618 Stimmen auf sich vereinigt, der Gegner 7 579 835, d. h. 11 741 783 weniger. Mit den Reichstagsmandaten verhält es sich entsprechend. Für den Kurs Marx kamen am 4. Mai in Betracht 268 Mandate, das sind 124 mehr als für den Gegenkurs mit 144. Jetzt am 7. Dezember hat der außenpolitische Kurs Marx 324 Mandate auf seiner Seite und nur noch 125 gegen sich. Die Kommunisten sind bei dieser Berechnung als durchaus unberechenbar nicht mitgerechnet. Zu den Parteien, die den bisherigen Kurs stützen, rechnen wir Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten, Sozialdemokraten, Bayerische Volkspartei und Bauernbund und Deutsch-Sachsen. Zu den Gegnern der bisherigen Außenpolitik, Deutschvölkische, Deutschnationale und Landbund.

Wer diese Zahlen vergleicht, der muß eine Rechtskoalition zur Übernahme der Regierung auf Grund des Wahlergebnisses vom 7. Dezember als eine ganz offenkundige Fälschung des letzten Wahlergebnisses bezeichnen. Denn wenn etwas aus dem Wahlergebnis klar zutage tritt, so ist es die Schwächung der Gegner des bisherigen außenpolitischen Kurses und die Verstärkung der Freunde dieses Kurses. In dem Wahlergebnis vom 7. Dezember sehen wir, daß die Wählerschaft in weitem Umfang der Richtung Rechnung getragen hat, die durch die Auflösung des Reichstags ein Votum der Wählerschaft für die bisherige Regierungspolitik herbeiführen wollte. Dieses Votum ist im Sinne der bisherigen Außenpolitik der Regierung ausgefallen, wenn auch nicht mit der Stärke, die an sich wünschenswert gewesen wäre, aber doch ganz unabweisbar. Jeder Zweifel daran muß schwinden gegenüber den angeführten Zahlen. Die Wählerschaft hat ihren Willen klar ausgesprochen: sie will von einer Außenpolitik im Sinne der Rechtsparteien, der Deutschnationalen und Völkischen, in ihrer übergroßen Mehrheit nichts wissen.

Und jetzt soll ausgerechnet nach diesem Wahlergebnis eine Rechtsregierung herbeigeführt werden, eine Regierung, in welcher die Partei weitans am stärksten vertreten wäre, die seit 1918 in scharfer Opposition zu der für uns allein möglichen Außenpolitik und den sie vertretenden Parteien standen hat? Welch eine ungeheure Fälschung läge in der Ausführung eines solchen Vorhabens, wie es nun infolge des Verhaltens der Deutschen Volkspartei ernstlich diskutiert wird! Die Ausführung dieses Planes müßte die Welt zu der Annahme bringen, am 7. Dezember hätte die bisherige Verständigungsaußenpolitik der Regierung eine so schwere Niederlage erlitten, daß die Gegner dieser Politik das Heft in die Hand nehmen mußten. Eine größere politische Lüge kann es aber nicht geben; denn das

Gegenteil ist wahr: Die Gegner der Verständigungspolitik sind geschwächt, die Freunde der Verständigung gestärkt worden. Eine solche Politik der Unwahrheit und Unwahrscheinlichkeit mühte sich unbedingt zerschlagen. Sie wäre weder sauber noch ehrlich. Ihre Wirkung aber wäre außerpolitisch gefährlich.

Innenpolitisch ist aber die Sache nicht viel anders. Werden sich die 19 Millionen, die sich im Sinne der Verständigungspolitik ausgesprochen haben, ohne weiteres gefallen lassen, daß man ihrem Votum zum Trotz die Kinderheit von 7 1/2 Millionen für die Richtung der Reichsregierung bestimmend sein lassen will? Wird die Karole „Bürgerblut“, gegen den sich die große Mehrheit des deutschen Volkes ausgesprochen hat, bei Bildung der neuen Reichsregierung nicht die Geißel im Innern in Wallung bringen und Empörung hervorrufen, die alsbald auch ins wirtschaftliche und soziale Leben übergreifen würde? Sind die Führer der Deutschen Volkspartei so sehr mit Blindheit geschlagen, daß sie nicht bemerken, was hier innenpolitisch droht, wenn ihre Politik im Widerspruch mit den Tatsachen und den Stimmungen bei Bildung der Regierung zur Durchführung kommt?

Nein Wunder, wenn bei solcher Einstellung der Deutschen Volkspartei die Regierung Marx früher ihren Rücktritt erklärt, als dies sonst der Fall gewesen wäre. Ein Mann, der gewohnt ist, so gewissenhaft zu überlegen, wie Marx kann natürlich einen solchen Kurs der Verfälschung der wahren Stellung des deutschen Volkes nicht verantwortlich mitmachen. Marx hat deshalb ausdrücklich erklärt, er könne persönlich die Verantwortung für solche Experimente nicht tragen und trete daher zurück und verzichte auf jede persönliche Mitwirkung unter solchen Umständen. Eine solche Politik muß von Stresemann verantwortlich gezeichnet werden und von der Deutschen Volkspartei. Das deutsche Volk und die deutsche Wählerschaft darf seinen Augenblick darüber im Zweifel sein, wer ihr diese Proklamation bietet. (Stresemann hat zu der ihm zugedachten Rolle offenbar aber nur wenig Neigung, Ab.)

Allerdings — eine Regierung muß gebildet werden und zwar von diesem jetzt gewählten Reichstag; denn ein zweites Mal kann der Reichstag in derselben Sache nicht aufgelöst werden. Wir nehmen aber an, daß niemand im Zentrum eine solche Fälschung mitmachen will, wie die Bildung des von der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei herbeigeführten Bürgerbluts wäre. Die Wirkung einer solchen Regierung wäre außenpolitisch und innenpolitisch wie gelast, gefährlich, parteipolitisch unter Umständen aber katastrophal. Das Zentrum ist gewohnt, sachliche Politik zu treiben. Es muß, um sachliche Politik zu treiben, nicht unbedingt der Regierung angehören. Dafür, um den Scheitern für neue Deutschnationale und völksparteiliche Regierungsexperimente zu stiften, ist das Zentrum zu gut. Bei uns erwartet man, daß die praktischen Folgerungen daraus im Zentrum allenthalben beachtet und gezogen werden.

Der selbe „Badische Beobachter“ bringt heute, Montag, an leitender Stelle einen Artikel, der ihm von „zentrumspolitischen Seite aus Berlin“ zugeht, und in dem es zum Schluß heißt:

„Über die Haltung der Zentrumspartei zu einer Rechtsblockregierung ist für den Augenblick nur zu sagen, daß die grundsätzliche Stellung für das Zentrum vorgegeben ist durch den Beschluß des Reichsparteitages. Das Zentrum, das seit dem Zusammenbruch sich immer wieder gerade dort und dann zur Verfügung stellte, wo und wann Volk und Vaterland in Not waren, wird sich auch jetzt nur nach streng sachlichen Gesichtspunkten entscheiden. Es wird vor allen Dingen fragen müssen, welche Politik ein solcher Rechtsblock treiben will, und welches die Mittel und Wege sein werden, die sein Wirken sichern sollen. Das Zentrum wird nie das Zustandekommen einer sachlich und vaterländisch arbeitenden Regierung verhindern, es würde auch ohne jedwede Voreingenommenheit dem Zustandekommen eines Rechtsblocks Hindernisse nicht in den Weg legen. Es würde auch die Tätigkeit einer solchen Regierung nicht fördern oder sabotieren. Es würde aber sich vorbehalten von Fall zu Fall zu jeder einzelnen Entscheidung Stellung zu nehmen und die Frage aufzuwerfen, ob eine solche Entscheidung mit der Politik der ausgleichenden Gerechtigkeit, die für das Zentrum einer der obersten Zielpunkte sein wird, vereinbar ist. Unter diesem Gesichtswinkel allein auch wird für die kommende Zentrumspartei die Entscheidung darüber maßgebend sein, ob die Zentrumspartei als solche in einer solchen Regierung vertreten sein soll, oder ob sich die Beteiligung nur auf die Entsendung von fraktionsmäßig nicht gebundenen Mitgliedern, also von Fraktionsmitgliedern in die Regierung beschränkt. Danach wird sich auch die Frage entscheiden, ob die Zentrumspartei eine koalitionsmäßige Bindung in einem solchen Kabinett eingetrit oder nicht. Nicht allein im Hinblick auf die unerhörte Art der Belämpfung des Zentrums durch die Deutschnationalen, sondern ausschlaggebend in Betrachtung der gesamtpolitischen Einstellung der Deutschnationalen wird von einer solchen koalitionsmäßigen Bindung der Zentrumspartei nicht die Rede sein können.“

Es also ein Rechtsblock unvermeidbar — eines Tages muß einmal dieses Experiment gemacht werden, — und kann das Zentrum eine politische Entwicklung, die es für schädlich hält, nicht aus eigener Kraft verhindern, so wird es seine Aufgabe darin erblicken müssen, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß den Interessen von Volk und Vaterland, und vor allem der Lösung der gerade gegenwärtig wieder brennend gewordenen sozialen Probleme keine Schädigung widerfährt.“

Die Berechnung der Indexziffer. Dem „Vorwärts“ zufolge schätzen die gewerkschaftlichen Spitzenverbände sämtlicher Richtungen an das Statistische Reichsamt eine Denkschrift, in der sie unter eingehender Begründung die endliche Neuregelung der Berechnungsgrundlagen der Reichsindexziffer verlangen, für Zwecke des praktischen Verbrauchs und ganz besonders um festzustellen, um wieviel die gegenwärtige Lebenshaltung sich gegenüber derjenigen der Friedenszeit verändert. Es sei eine völlig neue Indexziffer notwendig. In der Denkschrift sind ins einzelne gehende Vorschläge für die Bildung dieser neuen Indexziffer gemacht.

Keine Abnahme der Arbeitslosigkeit. Von Mitte bis Ende November nahm die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 427 000 auf 496 000, d. h. um etwas über 2 Proz. zu. Die Zunahme erstreckt sich ausschließlich auf die männlichen Hauptunterstützungsempfänger, während die weiblichen noch eine kleine Abnahme zeigen. Die Zahl der Unterstützten zu Ende November kommt ziemlich genau derjenigen zu Anfang des Monats gleich. Die Zahl der Zuschlagsempfänger und unterstützungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern deckt sich ähnlich. Die Entwicklung entspricht ins ganze der Jahreszeit.

Im englischen Unterhaus beginnen heute die Debatten über die Außenpolitik. Es wird erwartet, daß Chamberlain, der aus Rom zurückgekehrt ist, eine Erklärung über den Charakter der Beziehungen mit Herriot und Mussolini und über die zukünftigen Beziehungen zu Rußland und Japan abgeben werde. Laut „Daily Express“ wird Lord Curzon am Dienstag im Oberhaus eine Erklärung von grundlegender Bedeutung über Rußland unter besonderer Bezugnahme auf die Sowjet-Handelskommission in England und auf die politische Propaganda abgeben.

Die Regierungsbildung im Reich

Außer dem Zentrum scheint, wie Berliner Blätter melden, auch die Deutsche Volkspartei wenig Neigung zur Übernahme der Regierungsbildung zu zeigen. Den Gedanken einer Regierungsbildung mit aktiver oder neutraler Unterstützung durch die Sozialdemokraten lehnt man in völksparteilichen Kreisen nach wie vor, namentlich mit dem Hinweis darauf ab, daß eine solche Regierung keine praktische Arbeitsmöglichkeit habe, da ein derartiges Kabinett bei den ersten wichtigen politischen Fragen, vor allem bei den Steuerfragen wieder auseinander fallen würde. Eine Entscheidung in der Frage der Regierungsbildung dürfte kaum vor Donnerstag zu erwarten sein, da die Entschlüsse der Reichstagsfraktionen erst am Dienstag und Mittwoch fallen werden.

Der Reichstagskanzler hat Samstag vormittag die Abg. Bels, Hermann Müller, Dittmann und Dr. Küffner als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei empfangen. Die Aussprache nahm im Gegensatz zu den Besprechungen des Reichstagskanzlers mit den Parteiführern insofern einen anderen Verlauf, als die Sozialdemokraten die Erklärung abgaben, daß sie den Ausschall der Wahlen nur dahin deuten könnten, daß sie daraus eine Bestätigung und Billigung der bisherigen Regierungspolitik, vor allem der Außenpolitik, ergeben habe, und daß für die Sozialdemokratie daher, da sie diese Politik unterstützt hätte, nur eine Erweiterung der Regierung nach links in Frage kommen könnte. Sie kündigte für den Fall, daß eine Rechtsregierung zustande käme die schärfste Opposition mit allen Mitteln im Reichstag an. — Der Reichstagskanzler hatte keine Erklärung abgegeben, da er sich nicht in der Lage sieht, hinsichtlich der Regierungsbildung sachliche Verhandlungen zu führen.

Die Annahme, daß das Reichskabinett seinen Rücktritt am heutigen Montag erklären wird, dürfte, wie W.D. hört, gut zutreffend sein. Der Reichstagskanzler hat wenigstens den Parteiführern diesen Tag für den Rücktritt des Kabinetts angegeben.

Die Haltung des Zentrums
Zur Frage der Regierungsbildung schreibt die „Germania“: Der diesmalige Rücktritt hätte vermieden werden können, wenn die Parteien ihre Wahlaktive höheren Gesichtspunkten unterworfen hätten. Schon im alten Reichstag habe niemand gewagt, die Regierung der Mittelparteien zu stürzen. Die Vorgabe der Parteien würde auf eine große Koalition durch Einbeziehung der Sozialdemokraten und schließlich auf die Volksgemeinschaft durch Vermittlung der Deutschnationalen geführt haben. Das deutsche Volk wünsche keine Regierung, die anstelle der Vermittlung Experimente setze. Es gelte weiterzusehen, nicht umzukehren. Die von der Volkspartei angeführte Rechtskoalition aber sei ein verhängnisvoller Schritt nach rückwärts. In einer solchen Koalition könne sich das Zentrum, das den Wahlkampf gegen die Deutschnationalen habe führen müssen, überhaupt nicht beteiligen. Das Blatt schließt: „Wir wissen wirklich nicht, wie mit den Deutschnationalen eine vernünftige Außenpolitik gemacht werden kann und können uns nicht vorstellen, wie ein Kabinett mit deutschnationaler und völksparteilicher Mehrheit mit den außen- und innenpolitischen Fragen fertig werden will, deren Lösung jetzt gefunden werden muß.“

Der Beleidigungsprozess des Reichspräsidenten

Im Kottbuser Prozess zu Magdeburg fand am Samstag die Vernehmung des Zeugen, des bisherigen Reichspräsidenten Maxraf statt, der auf Befragen erklärte, daß er die militärische Wirkung des Streites nicht übersehen könne, daß dem politischen Ansehen Deutschlands durch den Streit jedoch ein schwerer Schlag bereitet worden sei. General von Stein zur Zeit des Streites Kriegsminister, erklärte auf die Frage, welche Wirkung der Streit auf die Kriegsführung gehabt habe, daß er als Truppenführer im Felde bei den Besuchen der Schützengräben die Ernährung machte, daß die Truppe ohne ein wenig einen Mangel an Munition litt. Es sei daher klar, daß jeder Munitionsmangel der Truppe größten Schaden zufügen würde. General von Brisberg, der zur Zeit des Streites Chef des allgemeinen Kriegsdepartements war, erklärte als Zeuge über die Folgen des Januarstreites, daß dieser in schwerster Weise Deutschland in der Verteidigung beeinträchtigte und auch die Siegesgewisheit der Feinde stärkte und das Vertrauen der kämpfenden Truppen schwächte. Brisberg überreichte sodann einen amtlichen Bericht über die Rede Oberst im Hauptaufschuß, worin die Regierung und Seeresleitung angegriffen und gegen einen 4. Winterfeldzug Stellung genommen wurde.

Es erfolgt sodann die Vernehmung des früheren Reichskanzlers Lehmann. Er erklärt, daß die Sozialdemokratische Partei in ihrer Mehrheit und namentlich, daß ihre Führer ebenso vaterländisch gesinnt waren, wie irgend eine andere Partei. In der folgenden Vernehmung des früheren Kriegsministers und des späteren Reichswehrministers Götter erklärt dieser, daß er als Chef des Kriegsamtes in den Jahren 1916 und 1917 jederzeit vollstes Verständnis für die Forderungen der Landesverteidigung bei der Sozialdemokratie und Oberst gefunden habe. Über die Zeit nach dem Zusammenbruch sagte der Zeuge Götter auf Befragen, Götter unterstützte nachdrücklich die Geltendmachung der Forderungen. Der Zeuge verliest einen Brief vom 8. Dezember 1918 des Generalleutnants Hinderburg an Götter, worin Götter, der dem Feldmarschall als treuer deutscher Mann, der das Vaterland über alles liebe, geschildert sei, gebeten wird, mit an der Rettung des Volkes vor dem drohenden Zusammenbruch zu arbeiten. Als nächster Zeuge wird der sozialdemokratische Abgeordnete David vernommen, der darlegt, daß die Sozialdemokratie stets und auch nach der russischen Revolution an dem Prinzip der Landesverteidigung festgehalten habe. Götter sei den Bestimmungen in wittomer Rede entgegengetreten und habe betont, daß von einem Frieden um jeden Preis unter keinen Umständen die Rede sein dürfe. Rechtsanwalt Meise verliest einen Brief, den Götter 1917 an seinen Sohn Georg geschrieben hat, worin in Bezug auf den damaligen Streit gesagt wird: Solche Karrenkreise dienen nicht dem Frieden und gefährden Euch draußen an der Front und fesseln die Kampfeslust der Feinde. Die Sitzung wurde auf Dienstag vertagt.

Rücktritt Herrlots?

In den Londoner Blättern aus Paris zugegangenen Telegrammen wird mit der Möglichkeit geredet, daß das Ministerium Herrlot infolge der Krankheit des französischen Ministerpräsidenten zurücktreten werde. „Daily Chronicle“ betont, daß zahlreiche der Mehrheit angehörende Radikale Herrlot den Rücken wenden, während im Senat die Opposition gegen ihn zunimmt. Die „Times“ berichtet aus Paris, es übertrifft nicht, daß die Möglichkeit eines Rücktritts Herrlots in der Umgebung des Kabinetts ernstlich angenommen werde. Man sei der Ansicht, daß nur Herrlots persönlicher Einfluß bisher die Sozialisten bewahrt habe, eine rein radikale Regierung zu unterstützen. In den Blättern werden übrigens selbst Painlevé und Briand als vorläufige Nachfolger genannt. Allgemein werde angenommen,

daß, wenn die Sozialisten wieder eine aktive Beteiligung an der Regierung ablehnten, eine Konzentration in der Richtung nach dem Zentrum unvermeidlich sein würde.

Der Gesundheitszustand des französischen Ministerpräsidenten Herrlot hat sich, wie der „Matin“ berichtet, Sonntag nachmittag weiter gebessert, da die Temperatur leicht zurückgegangen ist. Im Laufe des Nachmittags konnte deshalb Ministerpräsident Herrlot mit fünf Ministern über die laufenden Geschäfte verhandeln.

Kurze Nachrichten

Amerika und die deutschen Reparationen. „Sunday Times“ erzählt, daß der Anspruch Amerikas auf einen Teil der Reparationen, die Deutschland auf den Ruwertal zu zahlen hat, zwecks Rückerstattung der Kosten der amerikanischen Besatzung von der Konkurrenz der alliierten Finanzminister nächsten Monat in Paris erörtert werden wird.

Erkrankung Stresemanns. Mehrere Blätter melden, daß sich Reichsminister des Innern, Stresemann, zu einem etwa achtstägigen Aufenthalt in ein außerhalb Berlin gelegenes Sanatorium begab, um dort von seiner Grippe Erholung zu finden, an der er während des letzten Tages des Wahlkampfes erkrankte.

Erhöhung der transatlantischen Fahrpreise. Nach Mitteilung aus Hamburg Meeresverkehr wird die auf der letzten Atlantik-Konferenz beschlossene Erhöhung für die Überfahrt nach Amerika bereits am 15. Dezember in Kraft treten.

Luftverbindung Paris-Berlin. Die „Globe“ aus Berlin berichtet, werden zurzeit in Paris Verhandlungen zwischen einer französischen und einer deutschen Luftfahrtgesellschaft geführt, um einen direkten Weg zwischen Berlin und Paris herzustellen. Die Verhandlungen seien soweit gediehen, daß man demnächst mit der Eröffnung dieser Luftverbindung rechnen könne.

Der Separatistenführer Mattes. Wie die „Börsen-Zeitung“ aus Düsseldorf meldet, beantragte der Separatistenführer Mattes bei der französischen Besatzungsbehörde, nach Düsseldorf zurückkehren zu dürfen. Die Besatzungsbehörde teilte Mattes mit, er könne auf einige Tage nach Düsseldorf zurückkehren. Die deutschen Behörden seien ersucht worden, den Gastwechsel gegen ihn nicht zu vollziehen.

Die österreichischen Sozialdemokraten in der Opposition. Aus Wien wird gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Sozialisten über die Auszahlung der für das Bundesheer anzuwerbenden Soldaten auf dem roten Punkt angelangt seien. Nach dem gleichen Blatte soll im Parlament darüber eine verheißene Opposition entstehen.

Amerika und die Abrüstungskonferenz. Daily Telegraph erzählt, Präsident Coolidge habe erklärt, er beabsichtige, im nächsten Sommer eine Abrüstungskonferenz einzuberufen. Bevor er seine Einladungen ergehen lasse, warte er auf eine Mitteilung über die Entscheidung der Abrüstungskonferenz, deren Abhaltung der Völkerbund geplant hätte.

Samuel Gompers. Nach einer Meldung aus San Antonio (Mexiko), ist der amerikanische Gewerkschaftsführer Gompers, dessen Tod bereits vor einigen Tagen gemeldet war, jetzt gestorben. James Dunton, der Vizepräsident der amerikanischen Gewerkschaften ist an die Stelle von Gompers zu deren Vorsitzenden gewählt worden.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Die Tagesordnung der nächsten Sitzung, die auf Donnerstag, 18. Dezember, vormittags 10 Uhr, anberaumt ist, lautet wie folgt:

- Mündlicher Bericht des Geschäftsordnungsausschusses und Beratung über die Mandatsübertragung des Abg. Dr. Gensmann, Berichterstatter Abg. Wittmann.
- Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über 1. das Budget vom 31. Oktober 1924 über eine Änderung des Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz (Steuerverteilungsgesetz). Berichterstatter Abg. Glanert; 2. den Gesetzentwurf über die Reduktion der Besoldung der Beamten der Landesverwaltung, Berichterstatter Abg. Müller-Heidelberg; 3. den Gesetzentwurf über die Änderung der Besoldung der Beamten der Landesverwaltung (Personalabgabenverordnung), Berichterstatter Abg. Weber; 4. den Gesetzentwurf über die Aufhebung der Besoldung der Beamten der Landesverwaltung, Berichterstatter Abg. Weber.
- Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über: 1. den Gesetzentwurf über die Abänderung des Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 28. März 1924, Berichterstatter Abg. Hüger; 2. den Antrag der Abg. Schneider-Heidelberg und Gen., die Landesverwaltungsordnung der Rechtsämter betr., Berichterstatter Abg. Schneider-Heidelberg; 3. den Gesetzentwurf über Jagdpachtverträge, Berichterstatter Abg. Schmidt-Breiten.
- Mündlicher Bericht des Geschäftsordnungsausschusses und Beratung über die Beschlüsse des Abg. Wolf wegen Rechtsbehelf und Ausstellung eines Auslandsreisepasses, Berichterstatter Abg. Wittmann.

Der Rechtsvereinsausschuss des Landtages beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf, der die Kündigung der Jagdpachtverträge vorsieht, soweit sie in Papierform vor dem 1. März 1924 abgeschlossen sind. Die Vorlage wurde bei einer Stimmenthaltung mit der Maßgabe angenommen, daß die Kündigungsfrist bis zum 8. Januar 1925 ausgedehnt wird.

Die Lage des Arbeitsmarktes

Die Gesamtfrage des Arbeitsmarktes in Baden hat sich in der Woche vom 4. bis 10. Dezember nicht wesentlich verändert. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ging auch diesmal noch etwas zurück, und zwar um rund 160, sie beträgt jetzt 14 520. Das Verhältnis der bei den Arbeitsnachweisen vorhandenen Arbeitsuchenden und offenen Stellen hat sich nach dem Stande vom 10. Dezember etwas günstiger gestaltet. 29 095 Arbeitsuchenden stehen insgesamt 1703 offene Stellen gegenüber (21 932 männliche Arbeitsuchende und 849 offene Stellen; 6163 weibliche Arbeitsuchende und 857 offene Stellen). Auf je 100 offene Stellen kommen hiernach 2583 männliche und 722 weibliche Arbeitsuchende. Insgesamt entfallen auf 100 offene Stellen 1650 Arbeitsuchende. Am 3. Dezember war das Verhältnis: auf je 100 offene Stellen 2744 männliche und 744 weibliche Arbeitsuchende, insgesamt 1738 Arbeitsuchende.

Die einzelnen Berufsgruppen zeigen etwa folgendes Bild der Arbeitsmarktlage:

In der Industrie der Steine und Erden werden in Mannheim immer noch Marmorhauer und -monteure gesucht.

In der metallverarbeitenden Industrie hat die Uhrenindustrie des Schwarzwaldes verhältnismäßig günstige Arbeitsmarktlage. In der Forstheimer Schmuckwarenindustrie sind die Beschäftigungsverhältnisse unbeeinträchtigt geblieben. Von der übrigen metallverarbeitenden Industrie konnte die Karlsruher Nähmaschinenindustrie vereinzelt Schloffer aufnehmen. Auch im Käfertaler Bezirk fanden in der Metallindustrie vereinzelt Neueinstellungen statt.

Die Textilindustrie des Oberrheins scheint im allgemeinen gut beschäftigt zu sein. Die Spinnereien haben Bedarf an jüngeren weiblichen Arbeitskräften.

Die Papierindustrie des Bruchhals Bezirks zeigte sich aufnahmefähig. Im Lahrer Bezirk wird mit Überstunden gearbeitet. Aus dem Käfertaler Bezirk wird berichtet, daß der Bedarf an Kartonagearbeiterinnen z. B. gedeckt ist.

Gut beschäftigt sind die Weinheimer Lederfabriken. Die Arbeitsmarktlage des Holz- und Schnitzstoffgewerbes liegt allgemein günstig. Die Nachfrage nach tüchtigen Möbelschreibern hielt an.

Die Tabakindustrie ist weiter gut beschäftigt. Im Bekleidungsgebiete sind Großschneidern immer noch gesucht. Ebenso besteht Nachfrage nach Kürschnern.

In Karlsruhe konnten junge Kräfte des Friseurgewerbes noch verhältnismäßig leicht Arbeit finden; Friseurinnen sind gesucht, doch schwer zu beschaffen.

Die günstigen Beschäftigungsverhältnisse des Dienstleistungsgewerbes bestehen weiter. In Mannheim mangelt es noch an tüchtigen Facharbeitern. In Karlsruhe sind Erwerbslose dieses Berufszweiges nicht mehr gemeldet.

Im Baden-Badener Fremdenverkehr wird außer nach Hotelköchinnen infolge des bevorstehenden Weihnachts- u. Neujahrsfestes auch nach Küchenmädchen und jungen Köchen gefragt.

Für Gelegenheitsarbeiten wurden da und dort Vermittlungen vorgenommen. In Lörracher Arbeitsnachweisbezirk konnten 40 Bauhilfsarbeiter untergebracht werden, im Mosbacher Bezirk tragen die Arbeiten am Neckarkanal z. B. stark zur Entlastung der Erwerbslosenfürsorge bei.

Badische Politik nach den Landtagswahlen

Unter dieser Überschrift beschäftigt sich der Karlsruher „Volkstrend“ mit dem bekannnten, auch von uns abgedruckten Artikel des Prälaten Dr. Schöfer und dem Echo, den er in der „Badischen Presse“ fand. Der „Volkstrend“ kommt zu folgendem Schluß:

Wir Sozialdemokraten sehen dem unterhaltenden Gangbildspiel zwischen Zentrum und Volkspartei in Baden interessiert, aber keineswegs zu. Wir sind auch heute noch mit dem Zentrum nach den Wahlen der Überzeugung, daß kein vernünftiger Grund vorliegt, eine Änderung in der badischen Koalition einzutreten zu lassen. Aber wie auch dem Zentrum bekannt ist, hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion eine grundsätzliche ablehnende Stellungnahme gegen die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei bisher nicht eingenommen. Aber die eine Voraussetzung im Falle der Einbeziehung der Deutschen Volkspartei, müßte für uns Sozialdemokraten ganz eindeutig geschaffen werden: die Fortführung der badischen Politik auf der Grundlage und in dem republikanisch-demokratischen Geiste, auf der sie seit der Umwälzung in Deutschland stand und in dem sie geführt wurde. Hier sind keinerlei Kompromisse für uns möglich. Im übrigen, und das sei sowohl den Herren vom Zentrum wie denen von der Volkspartei gesagt, sind wir uns völlig im Klaren darüber, welche weiter gesteckten Ziele die Volkspartei verfolgt, wenn sie im Reich eine rein bürgerliche Regierung anstrebt, aber dieser will bereit ist, in den Ländern auch in eine Koalition mit den Sozialdemokraten zu gehen. Wir haben auch da „etwas gemerkt“ und richten in „darnach ein.“

Ausdehnung des Sonntagsverkehrs

Im Gebäude der Reichsbahndirektion zu Karlsruhe fand eine Besprechung der interessierten Kreise wegen Ausdehnung des Sonntagsverkehrs statt. Man erörterte u. a. die verkehrsweises Aufhebung der bisherigen Entfernungsgrenze von 100 Kilometer für die Sonntagsfahrarten, um den sonntäglichen Ausflugsverkehr zu fördern. Auf diese Weise würden das Feldberggebiet, der Oberrhein und andere Landesgegenden für weiter entfernte Orte leichter zugänglich werden. Ferner wurde die Forderung von Verwaltungsberechtigten auf weite Strecken ohne Befreiung der Entfernungsgrenze zum Fahrpreis der Sonntagsfahrarten in Aussicht gestellt. Ähnliche Besprechungen sollen auch am Oberrhein in Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg und Konstanz stattfinden.

In der Hagenschief-Angelegenheit

Ist die Voruntersuchung abgeschlossen und das Hauptverfahren vor dem Großen Schöffengericht Karlsruhe eröffnet worden. Die Verhandlung soll im Laufe des Februar stattfinden. Angeklagt sind Ingenieur Damm, Direktor E. Wels, Architekt Hugo Detert, Kaufmann Wilhelm Grieger und Hans Württemberg unter der Beschuldigung der Untreue und Bestechung, ferner der Kaufmann Lohar Wager, welcher der Begünstigung verdächtig ist. In der Sache ist ein umfangreiches Sachverständigengutachten erstattet worden.

Tagungen

Der Badische Waldbesitzerverein (Sitz Bellingen) hält zurzeit in Heidelberg seine diesjährige Hauptversammlung ab. Es sind etwa 100 Delegierte anwesend. Nach der Eröffnungssprache des Vereinsvorsitzenden Lehmann aus Bellingen ergriff Oberbürgermeister Dr. Walz das Wort, um die Gäste namens der Stadt Heidelberg herzlich zu begrüßen. Geheimrat Prof. Hauskath-Freudung hielt darauf einen grundlegenden Vortrag über die Bestandspflege im Walde.

Aushebung der Stuttgarter Einkommensteuer. Der Gemeinderat Stuttgart hat die sog. Kodexsteuer, die in den letzten 4 Monaten nach 15.000 Mark eingebracht hatte und eine Erfindung des verstorbenen Reichsrats Dr. Kopp war, aufgehoben. Die Steuer hatte in vielen Städten Nachahmung gefunden.

Aus der Landeshauptstadt

Rektoratswechsel an der Technischen Hochschule Karlsruhe.

In der von Gästen dicht besetzten Aula der Technischen Hochschule Karlsruhe vollzog sich Samstag mittag der feierliche Akt des Rektoratswechsels an der Friedrichs-Hochschule. Nach 11 Uhr begann die Feier mit einer trefflichen Darbietung des neu gegründeten akademischen Orchesters, das hier zum ersten Male an der Öffentlichkeit trat. Währenddessen erfolgte der feierliche Einzug, an der Spitze mit ihren Fahnen die Chargierten der einzelnen Studentenkorporationen, die vorher, seit Jahren zum ersten Male wieder, in Gala aufgezogen waren und an den Seiten der Aula Aufstellung nahmen; dann folgte der neue Rektor mit dem Staatspräsidenten Dr. Hellbach und dem Finanzminister Dr. Köhler zur Seite, dahinter der frühere Rektor mit dem Minister des Innern Kemmele und Justizminister Traut und anschließend die lange Reihe der Mitglieder des Senats und der Dozentenchaft, sowie die Ehrengäste, unter ihnen Oberbürgermeister Dr. Finter usw.

Altem Brauche folgend erstattete zunächst der bisherige Rektor Prof. Dr. Walbus einen Rückblick auf das verfloßene Rektoratsjahr, in dem manche trübige Tage bezeichnet seien, da es angehen habe in der Zeit der Inflation mit ihren traurigen finanziellen und wirtschaftlichen Folgen und in der Mitte gekennzeichnet war durch den notgedrungenen Abbau mit seinen scharfen Einschränkungen und einengenden Wirkungen, bis zuletzt nach der Stabilisierung wieder eine Zeit des Aufbaues einsetzte. Dank der Zuwendungen, namentlich von Industrie und Handel, und des Entgegenkommens der Behörden sei es aber noch möglich gewesen, trotz aller Schwierigkeiten und Einengungen noch einigermaßen glimpflich über die schwere Zeit hinwegzukommen. Aber der Wiederaufbau erfordere auch weiterhin bedeutende Mittel; doch hoffe man, daß auch diese allmählich zur Verfügung gestellt werden könnten. Die Zahl der Besucher der Hochschule betrug im verfloßenen Wintersemester 1663 und im Sommersemester 1445, die Zahl der bestandenen Diplomprüfungen 212, die der Promovierungen zum Dr. Ing. 28. Mit dem Wunsch nach erfolgreicher Betätigung der aufgespeicherten Energien in dem beginnenden neuen Zeitalter schloß der Wiederaufbau hat der scheidende Rektor den neuen Rektor, nunmehr die Stelle einzunehmen, auf die ihn das Vertrauen der Kollegen berufen habe.

Hierauf übernahm der neue Rektor, Prof. Dr. Caspar, sein Amt mit einer kurzen Begrüßungsansprache, verlas die an einzelne Studenten verliehenen Auszeichnungen für besondere Leistungen und hielt sodann einen interessanten Vortrag über „Wesen und Wert der Gotik“, die er als die Grammatik der Baukunst bezeichnete. Er schloß mit der Hoffnung, daß es gelingen werde, in neuen Jahre zu weiteren Fortschritten beim Wiederaufbau zu kommen zum Segen von Wissenschaft und Vaterland.

Das akademische Orchester stimmte hierauf das Deutschland-Lied an, in das die Versammlung einfiel. — Darauf verließen Rektor und Senat sowie die Ehrengäste in gleichem feierlichen Zuge wie eingangs die Aula, während das Orchester mit einer weiteren Darbietung eine neue Probe seiner überraschenden Fertigkeit ablegte.

„Marienkind“ nennt Karl von Felner sein Märchenspiel in 5 Akten, das zur Weihnachtszeit das junge Karlsruhe erfreuen soll. Vom Feste selbst ist darin nicht die Rede und den herkömmlichen Glanz des Christbaums wird vielleicht mancher recht vernimmt haben. Aber die Gestalten der bekanntesten Märchen sind nicht in die Handlung verflochten. Da kommt Schneewittchen mit den Zwergen, dann Hänsel und Gretel, auch die dazugehörige Hexe, weiter Rotkäppchen und der Wolf. Alle wollen das Marienkind erfreuen. Und gar erst der Blick in den Himmel, den die Mutter Gottes dem Marienkind gestattet! Das Märchenspiel wird bei Kindern und solchen, die sich noch mit den Kindern freuen können, freundliche Aufnahme finden. Es bewegt sich in Rahmen, denen das jugendliche Denken gut folgen kann. — In der Titelrolle trat Hansi Käse den frischen kindlichen Ton. Die Mutter Gottes wurde von Marta Koeller vorzüglich dargestellt. Aber auch der gute Väter, der das Marienkind während ihres einsamen Lebens im Walde versorgte und nachher ihr Verschwinden beklagte (von Max Schneider sehr tollkühn gegeben), fand die ungeteilte Zuneigung aller der kleinen Zuschauer. Ebenso gaben alle die Darsteller der vielen kleineren Rollen ihr Bestes. Die Inszenierung von Robert Bärner ist recht geschmackvoll.

Der badische Kunstverein veranstaltet ab 14. Dezember eine Weihnachtsausstellung Karlsruher Künstler. Im Seitenflügel findet eine Ausstellung von Antiquitäten durch die Firma Gebr. Himmelheber A.-G. hier statt. 2. und 5-Mark-Stücke. Laut „Voss. Zig.“ sollen außer den bereits kursierenden Ein- und Dreimarck-Stücken auch Münzen über 2 und 5 Mark baldmöglichst in den Verkehr gebracht werden. Auch die Ausgabe von neuen Tausendmarkscheinen dürfte in ungefähr 14 Tagen erfolgen.

Halbstundenverkehr auf der Altbahn. Auf der Strecke Karlsruhe-Ellingen der Altbahn soll nun doch der Halbstundenverkehr eingeführt werden. In der aufstehenden Karlsruher Gartenstadt bei Nippur ist man allerdings der Auffassung, daß der Ausbau der Straßenbahn nach Ellingen und damit ein dichter Verkehr erstrebt werden müßte.

Landestheater. Georg Kaisers Komödie „Polvorata“ gelangt am Montag zur vierten Aufführung. — Das tragische Spiel „Sechs Personen suchen einen Autor“ — Ein Stück, das gemacht werden soll“ geht am Mittwoch, den 17. Dezember zum drittenmal in Szene. Die nächste Wiederholung von Goethes „Faust“ (1. Teil) findet am Samstag, den 20. Dezember statt. Im Rauterhaus wird Ludwig Juldas Lustspiel „Die Jugendfreunde“ zum vierzehnten wiederholt; für die Weihnachtsfeierzeit befinden sich „Die zärtlichen Verwandten“, eines der seiner Zeit beliebtesten Lustspiele von Robert Benedix in Vorbereitung, der mit seinen Stücken, deren er über hundert schrieb, in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zu den weitgespielten Autoren zählte und jahrzehntlang auf dem Spielplan der deutschen Bühnen in vorbestimmter Linie stand. „Die zärtlichen Verwandten“ werden im Kostüm ihrer Entstehungsperiode, d. h. der Wiederherstellung infamiert werden von deren Charakter sie ein harmloses und für seinen Bühnennutzen herabzu, aber wihom reduziertes Abbild geben möchten. — Dienstag, den 16. findet eine Wiederholung von Mozarts „Entführung aus dem Serail“ statt. In der Partie als Blondchen partiiert Frau Preisa sich vom Deutschen Nationaltheater in Weimar auf Anstellung für das Stück der ersten Soubrette. Den Restlo singt erstmalig Herr Peters, den Belmonte Herr Kentwig, die übrige Besetzung ist die gleiche, wie bei der ersten Aufführung. Für Donnerstag, den 18. d. M. wurde die erste Wiederholung von Maillards „Gedanken des Eremiten“ angesetzt. In der am Freitag, den 19. d. M. stattfindenden Aufführung von Richard Wagner's „Der fliegende Holländer“ partiiert Herr Adolf Garbig vom Stadttheater in Nürnberg, der sich damit um das Stück des Heldenbaritons bewirbt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	15. Dez.		12. Dez.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.29	169.71	169.59	170.01
Kopenhagen 100 Kr.	73.49	73.67	74.11	74.29
Italien . . . 100 L.	18.09	18.13	18.10	18.14
London . . . 1 Pf.	19.70	19.75	19.71	19.76
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.54	22.60	22.48	22.54
Schweiz . . . 100 Fr.	81.24	81.44	81.26	81.46
Wien 100 000 Kr.	5.91	5.93	5.71	5.73
Prag . . . 100 Kr.	12.66	12.70	12.66	12.70

Stellung überall 100 Prozent

Verschiedenes

Im Gaarmann-Prozess

wurde am Samstag in die Vernehmung über den Fall Hennies eingeleitet, in dem Gaarmann, Grans und Witkowski schwer belastet sind. Gaarmann schilderte, daß er eines morgens in seinem Zimmer, in dem sich Grans und Witkowski aufhalten hatten, eine Leiche gefunden habe. Ob es sich um die Leiche des Hennies gehandelt habe, wisse er nicht, doch könne er ganz bestimmt sagen, daß er jedenfalls die Leiche nicht vorgefunden habe. Ob Grans und Witkowski die Schutze des Hennies mitgenommen haben, könne er nicht mehr sagen. Jedenfalls sei ein Mantel hängen geblieben, den er der Frau Engels geschenkt habe, und der später von Grans mitgenommen worden sei. Von der Mutter des Hennies wurde der Mantel als der ihres Sohnes wiedererkannt. Dann erfolgt die Vernehmung Witkowskis, der alles befreit und die Aussagen des Gaarmann als Nachakt bezeichnet. Auf Vorhaltungen des Vorsitzenden bleibt Gaarmann jedoch bei seinen Aussagen. Das Gericht schritt nunmehr zur Vernehmung des Zeugen Seibel, der von Grans als Entlastungszeuge angegeben worden war. Der Zeuge belundet u. a.: Kanappel sah im Wartesaal, wo Grans an ihn herangetreten sei und auf ihn eingespochen habe. Der Junge habe zunächst abgewinkt, sei aber schließlich doch mit Grans fortgegangen. Inzwischen habe Gaarmann am Wohnportal gewartet, wo ihn Grans durch Witke vertheidigte. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärte der Zeuge noch, er habe zwei oder dreimal gesehen, daß Grans mit jungen Leuten fortgegangen sei, die er dann niemals wieder gesehen habe. Grans erklärte die Aussagen des Zeugen für unwahr.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Lehrkurs im Aufbeschlag an den staatlichen Aufbeschlagsschulen.

Der nächste Lehrkurs an den staatlichen Aufbeschlagsschulen wird am 5. Januar 1925 beginnen. Gesuche um Aufnahme sind alsbald an den Vorstand derjenigen Schule zu richten, welche der Gesuchsteller besuchen will. Auskunft über die Aufnahmebedingungen, über die Kosten des Unterrichts und den Lehrplan erteilen auf Anfrage die Bezirksämter.

Karlsruhe, den 9. Dezember 1924.

Der Minister des Innern.

Kemmele.

Bekanntmachung

Die Vereinigung der abgeordneten Gemarungen Mooshof, Frauenberg, Rehmhof, Stedenloch, Bodenwald mit der Gemeinde Bodman.

Der zwischen den abgeordneten Gemarungen Mooshof, Frauenberg, Rehmhof, Stedenloch und Bodenwald und der Gemeinde Bodman, Amtsbezirk Stodach, abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgeordneten Gemarungen mit der Gemeinde Bodman mit Wirkung vom 1. Juli 1924 wurde die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 9. Dezember 1924.

Der Minister des Innern.

Kemmele.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Justizministerium

Ernannt:

Kanzleiasistent Jakob Demmer beim Justizministerium zum Justizassistenten und Kanaklita Gertrud Schmitz daselbst zum Kanzleiasistentin.

Belehrt:

Die Justizobersekretäre Karl Niegelsberger bei der Staatsanwaltschaft Offenburg zum Amtsgericht daselbst, Friedrich Streib beim Notariat Wiesloch zum Amtsgericht daselbst und Wilhelm Hiltbrand beim Amtsgericht Wiesloch zum Notariat daselbst; die Justizassistenten Alfred Spath beim Landgericht Offenburg zur Staatsanwaltschaft daselbst, Ernst Eckern beim Notariat Bühl zum Notariat Säckingen und Karl Mäsel beim Notariat Säckingen zum Notariat Bühl; Kanaklitasistent Gustav Kaut beim Notariat Bruchsal zum Amtsgericht daselbst, Kanaklita Pauline Müller beim Landgericht Offenburg zum Notariat daselbst; die Strafanstaltsaufseher Friedrich Boll in Freiburg nach Emmendingen, Franz Stöcker in Bruchsal nach Konstanz, August Stuhl in Konstanz nach Mannheim, Franz Falter in Karlsruhe nach Meßkirch, Hans Delsch in Mannheim nach Karlsruhe, Josef Schneider in Freiburg nach Bruchsal, Paul Reime in Freiburg nach Offenburg und Xaver Stolz in Offenburg nach Wolfach; die Strafanstaltsaufseher Friedrich Sernatinger in Meßkirch nach Konstanz und Franz Keller in Wolfach nach Freiburg.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Archivrat Dr. Baier am Generallandesarchiv zum Oberarchivar. Hausmeister Ernst Maiz an der psychiatrischen Klinik der Universität Heidelberg zum Pfleger, der außerplanmäßige Aufseher Karl Ihle beim akademischen Krankenhaus in Heidelberg zum planmäßigen Aufseher daselbst.

Zurückgesetzt:

Handelschuldirektor Bernhard Bivi an der Handelsschule in Bruchsal.

Ministerium der Finanzen.

Belehrt:

Regierungsbaumeister Fridolin Bock beim Finanzministerium zum Bezirksbauamt Lörrach.

Mannheim. J.334. Zum Handelsregister B Band XVII D.3. 43. Firma „Göbel & Herz, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 5. November 1924 ist das Stammkapital von 300 000 M. auf 120 000 Reichsmark umgestellt und der Gesellschaftsvertrag entsprechend der eingereichten Niederschrift in § 2, auf welche Bezug genommen wird, geändert. Mannheim, 14. Nov. 1924. Abt. für Registerwesen.

Mannheim. J.335. Zum Handelsregister B Band XXI D.3. 52. Firma „Kaufmännische Interessenten-Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 6. November 1924 ist das Stammkapital von 100 000 M. auf 1000 Goldmark umgestellt und der Gesellschaftsvertrag in § 8 entsprechend der eingereichten Niederschrift, auf welche Bezug genommen wird, geändert. Michael Geisler ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Albert Büfner, Kaufmann, Mannheim, ist als Geschäftsführer bestellt. Mannheim, 13. Nov. 1924. Abt. für Registerwesen.

Mannheim. J.336. Zum Handelsregister B Band XXIX D.3. 49. wurde heute die Firma „Fritz Kling Mälzerei Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Schriesheim eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 20. Oktober 1924 festgesetzt. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Maltz, Farb-Caramel-Maltz, Malzkaffee, der Handel mit diesen Erzeugnissen und mit Futtermitteln. Die Gesellschaft ist beauftragt, Zweigstellen an anderen Orten zu errichten, sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmungen zu beteiligen oder deren Vertretungen zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt 40 000 Goldmark. Jakob Heinrich Kling, Schriesheim, ist Geschäftsführer. Die Gesellschaft ist auf drei Jahre, und zwar bis zum 1. Oktober 1927 abgeschlossen. Sie muß ein halbes Jahr vorher gekündigt werden. Jeder Gesellschafter steht die Kündigung zu. Sollte eine Kündigung zum 1. April 1927 nicht erfolgen, so läuft der Gesellschaftsvertrag ein weiteres Jahr fort und kann jeweils auf Ende des Geschäftsjahres von einem Gesellschafter gekündigt werden. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Das Geschäftslokal befindet sich Talstraße Nr. 8. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Die Gesellschafter bringen in die Gesellschaft ein: a) Malzfabrikant Heinrich Kling, Schriesheim, das Anwesen, Malzfabrik im Schriesheimer Tal, Talstraße Nr. 8, Bld. Nr. 5289/2, zum Werte von 30 000 Gold-

mark, b) Jakob Heinrich Kling Schriesheim, 40 000 Kilogramm Brauerste zum Werte von 10 000 Goldmark. Die Stammeinlagen der beiden Gesellschafter sind durch die Stammeinlagen geleistet. Mannheim, 13. Nov. 1924. Abt. für Registerwesen.

Mannheim. J.337. Zum Handelsregister B Band XXIX D.3. 48. wurde heute die Firma „Jüderhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 4. und 11. November 1924 festgesetzt. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von eigenen und Kommissionsgeschäften in der Jüder-, Lebens- und Futtermittelbranche. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmungen zu beteiligen, solche Unternehmungen zu erwerben und Interessengemeinschaften einzugehen. Das Stammkapital beträgt 5000 Goldmark. Die Gesellschaft wird, wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Heinrich Derheimer, Lampenheim, Otto Greiner, Mannheim sind Geschäftsführer. Jeder derselben ist zur selbstständigen Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Dauer von drei Jahren geschlossen mit Wirkung vom 1. November 1924 ab. Erfolgt nicht 6 Monate vor Vertragsablauf die Kündigung durch einen der Gesellschafter mittels eingeschriebenen Briefes, so läuft der Vertrag auf zwei Jahre weiter und so fort von zwei zu zwei Jahren. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Das Geschäftslokal befindet sich D. 5. 4. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Mannheim, 13. Nov. 1924. Abt. für Registerwesen.

Mannheim. J.338. Zum Handelsregister B Band XXVII D.3. 22. Firma „Metallbau Aktien-Gesellschaft“ in Mannheim wurde heute eingetragen: Durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. November 1924 ist die Gesellschaft aufgelöst. Ingenieur Karl Kocher sen., Mannheim, ist Liquidator. Mannheim, 17. Nov. 1924. Abt. für Registerwesen.

Mannheim. J.339. Zum Handelsregister B Band VI D.3. 44. Firma „Lehnering & Cie. Aktiengesellschaft“ in Mannheim wurde heute eingetragen: Die Prokura des Paul Keller ist erloschen. Mannheim, 18. Nov. 1924. Abt. für Registerwesen.

Mannheim. J.371. Zum Handelsregister B Band XXIX D.3. 51. wurde heute die Firma „Düngerfabrik Michel & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in

Mannheim eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 6. Januar 1894 errichtet, am 5. September 1903 abgeändert, am 30. Januar 1909 abgeändert und neu gefasst am 13. Oktober 1924 wieder geändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Superphosphat, Knochenmehl und Mischdünger und der Einkauf und Verkauf aller in die Düngerebranche einschlagenden Artikel. Das Stammkapital beträgt 900 000 Mark. Die Gesellschaft bestellt höchstens drei Geschäftsführer. Sie wird durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Wilhelm Michel, Chemiker, Robert Deum, Kaufmann, beide in Mannheim, sind Geschäftsführer. Dem Kaufmann Jakob Frey, Ludwigshafen a. Rh., ist Prokura erteilt; er ist in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder stellvertretenden Geschäftsführer gleichberechtigt. Der Sitz der Gesellschaft ist von Ludwigshafen nach Mannheim verlegt worden. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Das Geschäftslokal befindet sich Häferthal-Strasse 250. Mannheim, 18. Nov. 1924. Abt. für Registerwesen.

Mannheim. J.372. In unser Handelsregister B Band IV D.3. 39. Firma „Ludwigschäfer Walzmühle“ in Mannheim mit einer Zweigniederlassung in Ludwigshafen a. Rh., wurde am 10. November 1924 eingetragen: Durch Beschluss der Generalversammlung vom 17. September 1924 ist das Grundkapital von 9 200 000 Mark auf 4 600 000 Goldmark umgestellt. Durch Beschluss der gleichen Generalversammlung ist die Säbung in § 5 (Grundkapital, Aktien-einteilung) und § 27 (Stimmrecht) geändert. Mannheim, 18. Nov. 1924. Abt. für Registerwesen.

Mannheim. J.376. Zum Handelsregister B Band VII D.3. 40. Firma „Riffel & Cie. Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Durch Beschluss der Gesellschaftsversammlung vom 30. Oktober 1924 ist das Stammkapital von 30 000 in 30 000 Goldmark umgestellt. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der gleichen Gesellschaftsversammlung entsprechend der eingereichten Niederschrift, auf die Bezug genommen wird, geändert, und zwar ist im Gesellschaftsvertrag überall Mark durch Goldmark ersetzt, das Geschäftsjahr geändert und der § 17 aufgehoben. Mannheim, 12. Nov. 1924. Abt. für Registerwesen.

Mannheim. J.568. Zum Handelsregister B Band VIII D.3. 41. Firma „Abraham Strauß, Billigheim, eingetragen: Die Firma ist erloschen. Mosbach, 2. Dez. 1924. Abt. für Registerwesen.

Redarbischofsheim. J.541. Handelsregister eintrag. Bd. I D.3. 33 bei Fa. „J. G. Wader“ in Redarbischofsheim: Die Firma ist erloschen. Redarbischofsheim, den 8. Dezember 1924. Amtsgericht.

Oberkirch. J.554. Handelsregister eintrag. Abt. B D.3. zur Firma „Gebrüder Ruch, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Oberkirch: In der Gesellschaftsversammlung vom 5. Dezember wurde das Stammkapital auf 300 000 Goldmark umgestellt und § 4 des Gesellschaftsvertrags dementsprechend geändert. Oberkirch, 9. Dez. 1924. Amtsgericht.

Pforzheim. J.284. Handelsregister eintrag. Firma „Fr. Kammerer, Aktiengesellschaft“ in Pforzheim. Die Prokura des Hermann Anreiter ist erloschen. Amtsgericht Pforzheim.

Pforzheim. J.285. Handelsregister eintrag. Firma „Gartenstadt-Baugesellschaft“ in Pforzheim. Durch Beschluss der Gesellschaft vom 10. Oktober 1924 wurde das Stammkapital auf 60 000 Goldmark umgestellt. Amtsgericht Pforzheim.

Pforzheim. J.286. Handelsregister eintrag. Firma „Schweizer & Co.“ in Pforzheim. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 7. Oktober 1924, abgeändert am 28. Oktober 1924, ist das Stammkapital: 7500 Goldmark. Mehrere Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft einzeln. Der Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Schmuckstücken und anderen Gebrauchswaren aus Metall. Die öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen im Badischen Staatsanzeiger. Der Geschäftsführer Fabrikant Karl Schweizer in Pforzheim hat bei der Auflösung der offenkundigen Gesellschaft Fritz & Schweizer in Pforzheim deren Vermögensgegenstände und Schulden allein übernommen. Er ist demnach Eigentümer von Maschinen im Werte von 5600 G.M., fertigen 3400 G.M., Geschäftsausstattungen 4000 G.M., zusammen 18 000 G.M. Karl Schweizer hat 60 Prozent dieser Vermögensgegenstände an Kaufmann Carl Weinmann in Gaggenau um 10 800 G.M. verkauft. Weinmann hat den Kaufpreis auf seine Forderung gegen Schweizer aus Ablösung einer Pfandschuld in gleicher Höhe verrechnet. Karl Schweizer bringt die ihm hiernach verbleibenden 40 Prozent der genannten Vermögensgegenstände in die Gesellschaft ein mit 7200 G.M. Die Gesellschaft übernimmt die von Karl Schweizer geschuldeten kleineren Geschäftsschulden mit 4200 G.M.; mit dem verbleibenden Reinertrag von 3000 G.M. ist die Stammeinlage des Karl Schweizer geleistet. Der Geschäftsführer Wilhelm Weinmann bringt Stammeinlage die von ihm erworbenen 60 Prozent der oben erwähnten Vermögensgegenstände in die Gesellschaft ein, begnügt sich aber mit einer Bewertung

seiner Stammeinlage von 4500 G.M. Somit ist auch seine Stammeinlage geleistet. Amtsgericht Pforzheim.

Radolfzell. J.527. Zum Handelsregister A Band II D.3. 122 ist eingetragen die Firma „Berthold Schulze“ in Radolfzell, als Inhaber Berthold Schulze, Handelsmann in Radolfzell. Als Geschäftszweig ist angegeben: Handel mit chem. u. techn. Produkten im Kleinen und im Großen; Handel mit Tabakwaren im Kleinen. Radolfzell, 5. Dez. 1924. Abt. für Registerwesen.

Rastatt. J.542. In das Handelsregister wurde heute zur Firma „Waischar's Tabakfabrik, Aktiengesellschaft“ in Rastatt eingetragen: Dr. Erich Waischar in Baden-Baden ist aus dem Vorstand ausgeschieden. Die Herren Fritz Lüfmann, Kaufmann in Rastatt und Friedrich Japp, Kaufmann in Rastatt sind zu Vorstandsmitgliedern bestellt worden. Rastatt, 5. Dez. 1924. Amtsgericht.

Rastatt. J.543. In das Handelsregister wurde heute zur Firma „Albert Hilbert Süddeutsche Bekleidungsindustrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Rastatt eingetragen: Gemäß dem durchgeführten Gesellschaftsbeschluss vom 23. November 1924 ist das Stammkapital von 215 000 M. auf 100 000 Goldmark umgestellt und der Gesellschaftsvertrag in § 4 entsprechend der eingereichten Niederschrift, auf welche Bezug genommen wird, geändert. Rastatt, 5. Dez. 1924. Amtsgericht.

Schönau i. B. J.575. Handelsregister eintrag. Abt. A Band I zu D.3. 275 - Firma Josef Wier.

Badisches Landestheater. Montag, 15. Dez. 7^{1/2}-9¹⁰ Uhr. M. 4.50. E 11 Th.-Gem. III. Sond.-Gr. Kolportage.

Badisches Landestheater. Dienstag, 16. Dez. 7^{1/2}-9¹⁰ Uhr. M. 6.- Th.-Gem. II. Sond.-Gr. Volksb. 4. Die Entführung aus dem Serail.

Vert in Zell (Biesental) - Die Firma ist erloschen. Schönau i. B., 3. 12. 1924. Abt. Amtsgericht.

Schönau i. B. J.576. Handelsregister eintrag. A Band I unter D.3. 35a: Firma Franz Kiefer in Schönau i. B. Inhaber ist Franz Kiefer, Kaufmann und Gastwirt in Schönau. Erwerbszweig: Wein- und Holzhandels-geschäft. Schönau i. B., 5. 12. 1924. Abt. Amtsgericht.

Tauberbischofsheim. J.577. In das Handelsregister Abt. A Band II wurde heute zu D.3. 63 - E. Mahler & Co., Lauba - eingetragen: Die Prokura des Wendelin Schimpf in Mühlheim ist erloschen. Tauberbischofsheim, den 9. Dezember 1924. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Weinheim. J.528. Zum Handelsregister B Band I D.3. 10 zur Firma „Bürgerbrauerei Weinheim G. m. b. H.“ in Weinheim wurde eingetragen: Durch Beschluss der Gesellschaftsversammlung vom 11. November 1924 wurde das Stammkapital umgestellt von 215 000 Mark auf 21 500 Goldmark. Der Gesellschaftsvertrag wurde entsprechend geändert. Weinheim, 9. Dez. 1924. Amtsgericht I.

Weinheim. J.544. Zum Handelsregister B Band I D.3. 42 zur Firma „Seber & Comp. G. m. b. H.“ in Densbach wurde eingetragen: Durch Beschluss der Gesellschaftsversammlung vom 18. November 1924 wurde das Stammkapital umgestellt von 500 000 M. auf 5000 Goldmark. Der Gesellschaftsvertrag wurde entsprechend geändert. Weinheim, 9. Dez. 1924. Amtsgericht I.

Weinheim. J.545. Zum Handelsregister B Band I D.3. 13 zur Firma „Wethold & Förster, Seifenfabrik G. m. b. H.“ in Weinheim wurde eingetragen: Durch Beschluss der Gesellschaftsversammlung vom 11. November 1924 wurde das Stammkapital umgestellt von 400 000 Mark auf 400 000 Goldmark. Der Gesellschaftsvertrag wurde entsprechend geändert. Weinheim, 9. Dez. 1924. Amtsgericht I.

Reinsregister. Mannheim. J.489. Zum Vereinsregister Band X D.3. 88 wurde heute eingetragen: „Männerhort Gartenstadt“ in Mannheim, 8. Dez. 1924. Abt. Amtsgericht DB.

Mannheim. J.546. Zum Vereinsregister Band X D.3. 37 wurde heute eingetragen: „L. Mannheimer Vogelflug, Verein für Selbstverteidigung und Körperpflege“ in Mannheim, 10. Dez. 1924. Abt. Amtsgericht DB.

Kleine Flügel
R.-M. 3450.- bis 1950.-

- Franz Bechteln
- Franz Blüthner
- Franz Grotrian
- Franz Steinweg
- Schle & Mayr
- Franz Thürmer

R.-M. 1950.- bis 3450.-
Alleinige Vertretung
Ludwig Schweisgut
Erbprinzenstraße 4

Haniel

Ruhr-Nußkohlen und Brechkoks
aus unseren Zechen „Neumühl“ und „Rheinpreußen“
Anthracitkohlen aus unserer Zeche „Ludwig“
Unionbriketts / Brennholz
in nur erstklassigen Qualitäten und in jedem Quantum zu niedrigsten Preisen frei Haus prompt lieferbar

FRANZ HANIEL & CIE., G. M. B. H.
Kaiserstr. 231 Kohlen- u. Kleinhandlung, Rheinroderstr. Tel. 4855 u. 4856

MERKUR
PRIVATHANDELS-SCHULE
TAGES- & ABENDKURSE
SPEZIALABTEILUNG
NR 2018

RCS **RCS**

Wir besorgen alle bankgeschäftlichen Transaktionen zu den kulantesten Bedingungen, insbesondere empfehlen wir uns für die Anlage von Spargeldern

RHEINISCHE CREDITBANK FILIALE KARLSRUHE

HAUPTGESCHÄFT KAISERSTR. 90 ECKE RITTERSTR. • ZWEIGGESCHÄFTE: NIEDERLASSUNG MÜHLBURG, RHEINSTR. 44 • DEPOSITENKASSE AM HAUPTBAHNHOF (IM HOTEL REICHSHOF)